



Bundesärztekammer

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern

Deutscher Ärztetag

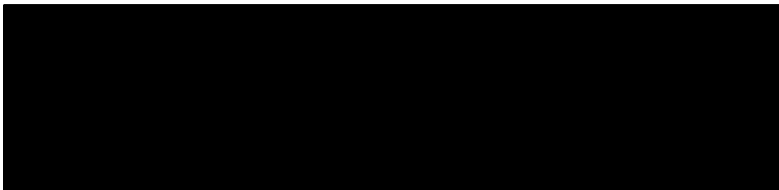
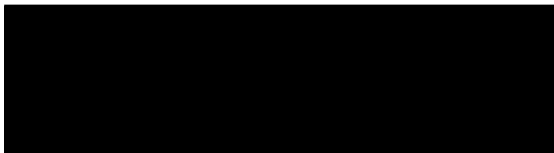


Berlin, 15.09.2026

Bundesärztekammer
Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin
www.baek.de

Bundesärztekammer | Postfach 12 08 64 | 10598 Berlin

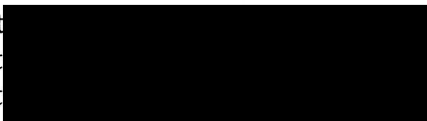
per E-Mail



**Angleichung des gesetzlichen Mutterschutzes für selbstständige Ärztinnen zur
Sicherung von Versorgung und Selbstverwaltung**

Forderung des 130. Deutschen Ärztetages 2026 in Hannover

Sehr geehrte
sehr geehrte
sehr geehrte



in eigener Praxis tätige Ärztinnen leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der ambulanten medizinischen Versorgung in Deutschland. Insbesondere vor dem Hintergrund des kontinuierlich steigenden Frauenanteils in der Medizin ist es von zentraler Bedeutung, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine selbstständige ärztliche Tätigkeit mit Schwangerschaft und Mutterschaft vereinbar machen. Im Vergleich zu angestellten Ärztinnen bestehen für selbstständig tätige Ärztinnen leider weiterhin erhebliche Schutzlücken während Schwangerschaft und Mutterschaft.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht vor, einen Mutterschutz für Selbstständige einzuführen, der den Regelungen für abhängig Beschäftigte entspricht. Die Ärzteschaft begrüßt diese politische Zielsetzung ausdrücklich. Verlässliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von selbstständiger Berufsausübung und Familiengründung sind eine wichtige Voraussetzung, um die ambulante Versorgung langfristig zu sichern.



Geschäftsstelle der
Bundesärztekammer
in Berlin

Mit diesem Schreiben möchte ich die Notwendigkeit einer zeitnahen gesetzlichen Umsetzung eines Mutterschutzes für Selbstständige unterstreichen und um entsprechende politische Priorisierung bitten.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage

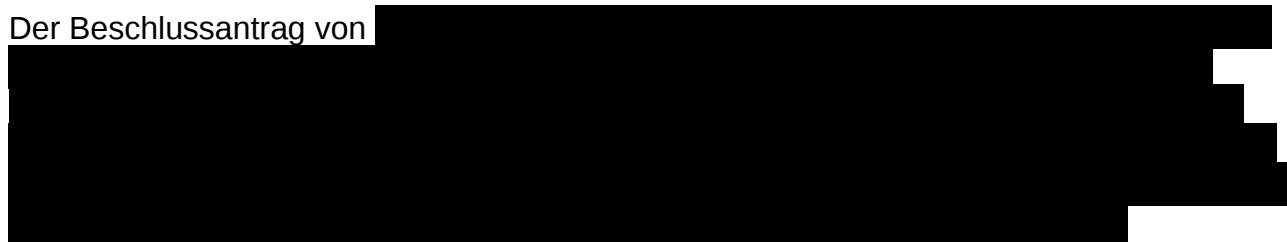
Antrag Ic - 166 des 130. Deutschen Ärztetages (vom Vorstand angenommen, da aus Zeitgründen nicht vom 130. Deutschen Ärztetag 2026 beschlossen)

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Angleichung des gesetzlichen Mutterschutzes für selbstständige Ärztinnen zur Sicherung von Versorgung und Selbstverwaltung

Vorstandsüberweisung

Der Beschlussantrag von



(Drucksache Ic - 166) wird zur weiteren Beratung an den Vorstand der Bundesärztekammer überwiesen:

Der 130. Deutsche Ärztetag 2026 fordert die Politik auf Bundes- und Landesebene sowie die Selbstverwaltung auf, einen Mutterschutz für selbstständige, niedergelassene Ärztinnen unverzüglich analog den Regelungen für angestellte Ärztinnen einzuführen.

Begründung:

Selbstständige Ärztinnen tragen eine zentrale Verantwortung in der ambulanten medizinischen Versorgung. Fehlt ein ausreichender Mutterschutz, besteht die Gefahr, dass Frauen aus Sorge vor Einkommensverlust, organisatorischer Überlastung oder rechtlicher Unsicherheit eine Niederlassung verzögern oder ganz vermeiden.

Eine sinkende Niederlassungsbereitschaft gefährdet - insbesondere im Hinblick auf die steigende Zahl von Ärztinnen in der hausärztlichen Versorgung - nicht nur die Versorgung der Patientinnen und Patienten, sondern langfristig auch die Stabilität der ärztlichen Selbstverwaltung, die auf der aktiven Mitwirkung aller Ärztinnen und Ärzte beruht.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es: "Wir wollen einen Mutterschutz für Selbstständige analog zu den Mutterschutzfristen für Beschäftigte einführen. Dafür prüfen wir zeitnah umlagefinanzierte und andere geeignete Finanzierungsmodelle." Die konkrete Umsetzung dieser Zusage ist bislang jedoch offen. Politische Initiativen zur sozialen Sicherung von Selbstständigen im Bundesrat und im Bundestag verdeutlichen den bestehenden Handlungsbedarf, ein bundesweit verbindlicher Rahmen im Bereich des

Mutterschutzes fehlt weiterhin.

Um eine gerechte und tragfähige Lösung zu erreichen, sind Ärztinnen und Ärzte, Selbstverwaltung und Politik gleichermaßen gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Ziel ist eine verlässliche Gleichstellung im Mutterschutz, ohne strukturelle Nachteile für selbstständig tätige Ärztinnen.

Es braucht nun einen klaren politischen Zeitplan zur Umsetzung dieser Zusage, damit Gleichstellung und Versorgungssicherheit gewährleistet werden.